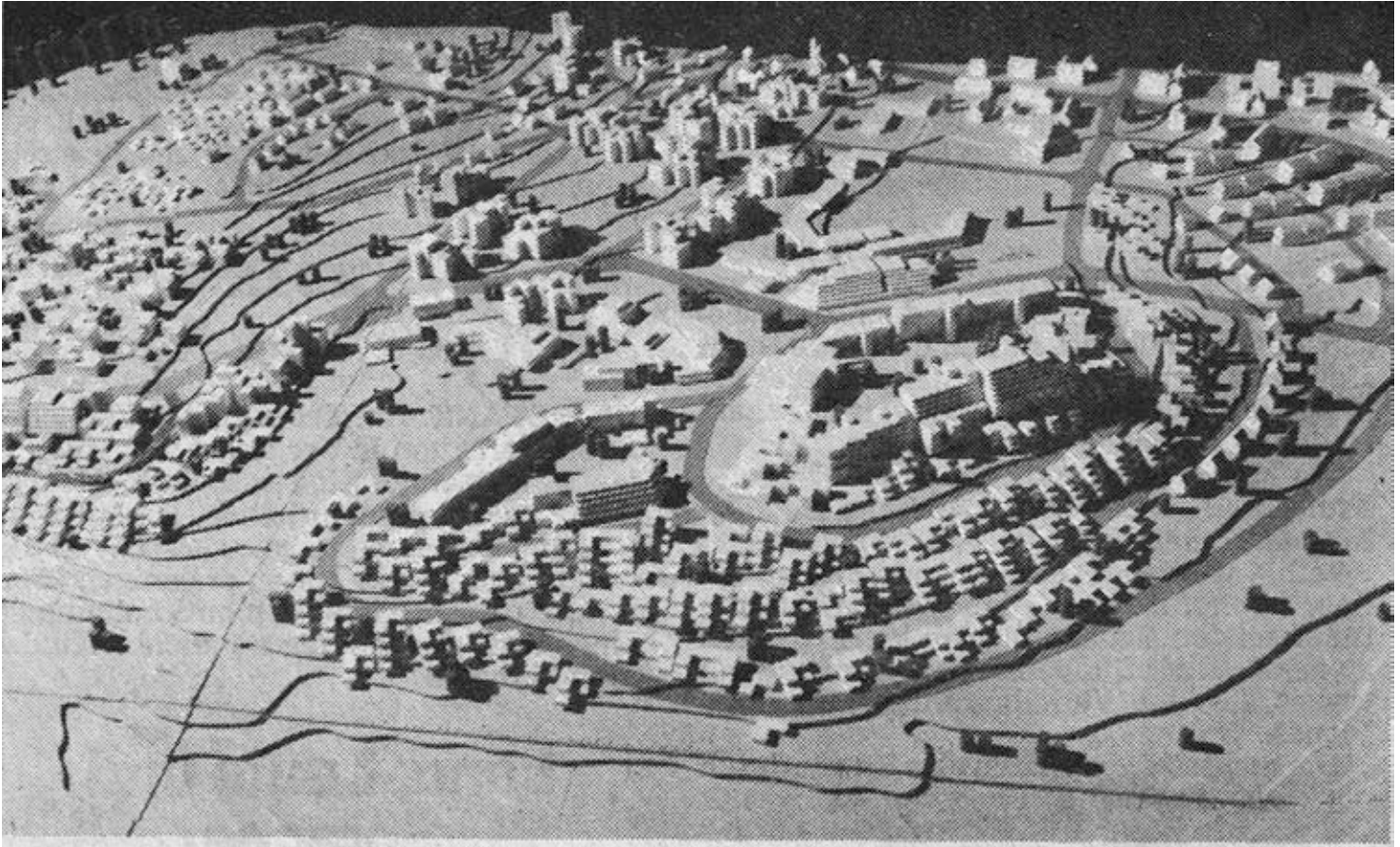


Allmannsdorf im Focus der „Verdichter“



DER LUZ-PLAN sah die Ansiedlung von 8000 Menschen auf der Allmannsdorfer Höhe vor. Wohnsilos sollten eine gute Sicht für alle neuen Mieter gewährleisten – und die kleinen Einfamilienhäuser in den Schatten stellen. Der Plan ist längst verworfen, das Modell steht noch.

KA 16. 12. 1982

Es gibt Eindrücke – Schreckensbilder die man nicht mehr vergisst, die deutlich machen was alles möglich ist – was Zeitgeist und Gier alles anrichten können. Manchmal zeigen aber solche Erinnerungsbilder auch welche Wegstrecke inzwischen zurückgelegt, welcher Bewusstseinswandel sich seitdem vollzogen hat. Eine dieser unvergesslichen „Zeitmarken“ ist für mich das Modell der sog. Luz-Planung vom Anfang der siebziger Jahre. Da wollte der Stuttgarter Stadtplaner Prof. Werner Luz, das Konstanzer Rathaus und große Teile des Gemeinderats, die Jungerhalde, den Krähenberg und den Kegelstützen mit Hochhäusern überziehen, in ein Betongebirge verwandeln. Ein Relikt dieser gewalttätigen Planung sind die Hochhäuser an der Mainaustrasse am Ortsausgang von Allmannsdorf, „Fremdkörper“ im wörtlichsten Wortsinn, nur wenige Stadträte, unter ihnen der heute noch aktive Werner Allweiss (FGL), setzten „diesen Resten eines verhängnisvollen Denkens“ (KA-Nr.50-16.Dez.1982) im Genehmigungsverfahren energischen, aber leider vergeblichen Widerstand entgegen.

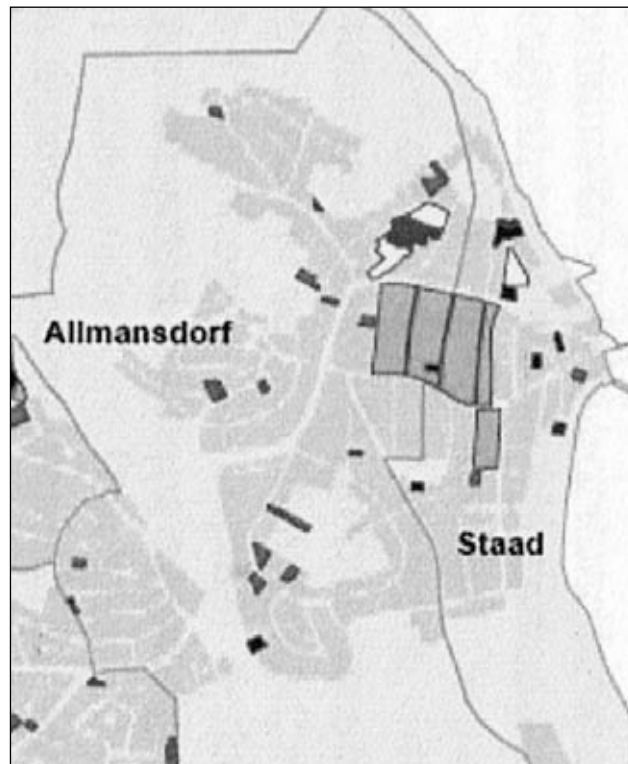
Diese Luz-Planung – noch viele Jahre war das Modell im Eingangsbereich des Uni-Bauamts zu besichtigen - zeigt auf erschreckende Weise was eine von solchen Wachstumseuphorien getriebene Verwaltung anrichten kann. Man war bereit für diese aberwitzige Zukunftsvision unserer Bodenseelandschaft Schaden zuzuführen und den gewachsenen Charakter alter Ortschaften zu opfern, Wachstum „um jeden Preis“ war die Parole. Viel ist seitdem geschehen, sogar zwanghaft interessengesteuerte Baulobbyisten würden es heute nicht wagen mit einem solchen Projekt vor die „Augen der Öffentlichkeit zu treten“.

Trotzdem ist Vorsicht geboten und Entwarnung kann nicht gegeben werden - immer noch sind viele unverbauten Bereiche unserer Bodenseelandschaft von einem nicht zu unterschätzenden Spekulationsdruck bedroht.

Aber auch Verdichtungsprojekte, wie sie auch großflächig für Allmannsdorf-Staad geplant sind, können die historisch gewachsene Individualität der Ort-

schaften am Bodenseeufer deformieren, da immer noch versucht wird die maximale Grundstücksausbeutung durchzusetzen. Die Bereitschaft Einschränkungen zu akzeptieren, sich in die Gegebenheiten einzufügen, die Maßstäblichkeit und örtlichen Eigenart rücksichtsvoll aufzunehmen und auch die Grünbereiche, die Gärten mit ihren hochstämmigen Baumbeständen zu schonen, müssen die ausschließlichen Kriterien in den Genehmigungsverfahren sein. Voraussetzung ist, dass entsprechend sorgfältige planerische Vorgaben von der Verwaltung unter Mitwirkung einer konstruktiven Bürgerbeteiligung erarbeitet werden. Es sollte künftig ausgeschlossen sein, dass ein Grundstücksbesitzer, wie z.B. bei dem Brunnerprojekt geschehen, es erzwingen kann besorgte Bürger von dem Ortstermin mit den Mitgliedern des TUA auszuschließen (Bericht im BLÄTTLE Nr.46 S.14).

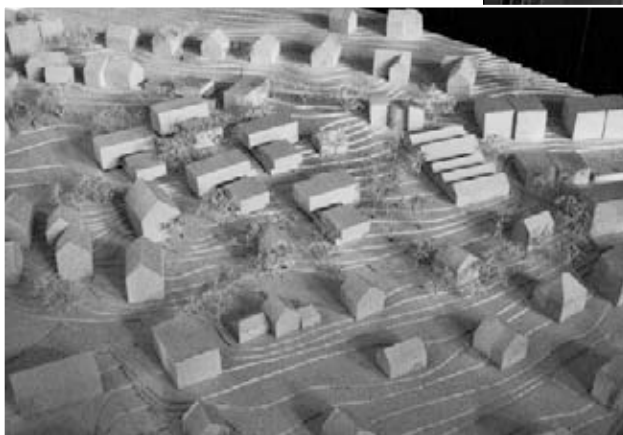
Dazu kommt, die hier beigefügten Abbildungen geben einen Eindruck davon, dass die bei solchen Informationsveranstaltungen vorgestellten Modelle und Pläne, vergleicht man sie dann später mit der gebauten Realität, oft nur einen verharmlosenden, geradezu verniedlichenden Eindruck von den geplanten Bauprojekten vermitteln. Daher muss künftig darauf bestanden werden, dass zusätzlich jedes Bauvorhaben vor Ort durch Stangengerüste die geplanten Baukörper, ihre Gebäudekanten und beabsichtigte Höhenentwicklungen, deutlich machen und damit sowohl den Entscheidungsgremien, als auch den interessierten Bürgern eine nachvollziehbare Vorstellung von der zu erwartenden Baumasse vermittelt wird. Dass zu einer



geplante Verdichtungsräume bis 2020

solchen realistischen Vorstellung eines Bauvorhabens u.a. auch eine ungeschönte Prognose der verkehrlichen Belastungen für das Wohnumfeld gehört und die daraus zu ziehenden Konsequenzen Teil einer solchen umfassenden Bürgerinformation sein müssen, sollte eigentlich selbstverständlich sein.

ALEXANDER GEBAUER



Niedliches Modell – und harte Wirklichkeit ...

